

# Thesenpapier

der Freien Projektgruppe  
zum

46. OPEN OHR FESTIVAL

29. Mai – 1. Juni 2020  
Zitadelle Mainz

# Keinraumwohnung

Wohnen ist persönlich, intim und ganz individuell. Wie wir hausen, richtet sich nach unseren Werten, Zielen und Lebensstilen – wenn wir die finanziellen Mittel dazu haben. Gleichzeitig ist Wohnen immer auch gesellschaftlich und politisch. Die Art und Weise des Wohnens spiegelt den Zustand einer Gesellschaft, ihr Selbstverständnis, ihre Werte und ihr soziales Miteinander wider. Doch was zeigt uns dieses Spiegelbild? Schaut uns nicht schon längst die gruselige Fratze der Wohnungsnot entgegen? Wenn immer mehr Menschen keine bezahlbare Wohnung finden und systematisch vom Zugang zu Wohnraum ausgeschlossen werden, während einige wenige aus Wohnraum Börsenprofit machen und gleichzeitig der soziale Wohnungsbau mehr und mehr verkümmert, dann kann der Blick in diesen Spiegel kein schöner sein.

Das Recht auf Wohnen ist Bestandteil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im UN-Sozialpakt detailliert und klar definiert. Beides wurde von Deutschland ratifiziert, im Grundgesetz fehlt davon jedoch bislang jede Spur. Politische Mehrheiten für eine entsprechende Verfassungsänderung sind nicht in Sicht – auch 10 Jahre nach einem erstmaligen Antrag darauf. Ein Blick in die täglichen Nachrichten zeigt, dass in einem reichen Land wie Deutschland das Recht auf menschenwürdiges Wohnen nicht selbstverständlich ist. So bleiben ernsthafte Zweifel, dass bezahlbarer, ausreichender Wohnraum allen gleichermaßen zur Verfügung steht, wenn im Sozialstaat Deutschland schätzungsweise 678.000 Menschen wohnungslos sind und beispielsweise People of Colour oder Familien erhebliche Probleme haben eine Wohnung zu finden. Wenn immer wieder Schadstoffgrenzen in Städten überschritten werden oder Menschen, die es sich nicht leisten

können arbeitsplatznah zu wohnen, dem Stress des Pendelns ausgeliefert sind, ist Wohnen nicht gesund und sicher möglich. Von der Herkunft des Wortes Wohnen – ausharren oder bleiben, aber eben auch sich wohlfühlen bzw. zufrieden sein – bleibt da nicht mehr viel übrig.

## Wohnen – ein Grundrecht!?

Trotz der zunehmenden Brisanz des Problems ist die Anzahl der Sozialwohnungen seit 1990 um 60 % gesunken. Vor allem einkommensschwache Personen, aber auch immer mehr Angehörige des Mittelstands haben darunter zu leiden. Den aus Wirtschaftswunderzeiten stammenden Traum vom Eigenheim – in Zeiten unsicherer Renten eine wichtige Absicherung – können sich immer weniger Menschen überhaupt noch leisten. Während Forderungen nach Enteignungen von Immobilien-gesellschaften als Rückkehr zum Sozialismus geißelt werden, wird doch umgekehrt ein Schuh daraus: Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist enteignend geworden – gegenüber einer steigenden Zahl von Menschen, die durch explodierende Mieten zunehmend an den (Stadt-) Rand oder ganz aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Eine Gesellschaft, in der Menschen zunehmend zu einem Leben in prekären Bedingungen gezwungen werden, während sich immer mehr (Wohn-) Eigentum auf immer weniger Besitzer\*innen konzentriert, ist nicht hinnehmbar!

## Wohnen als zentrale soziale Frage

Wird die Wohnungsversorgung der freien Marktwirtschaft überlassen, wandern öffentliche Wohnungsbestände zunehmend in die Hände privater Investor\*innen, die Kosten für Bauland in Großstädten und damit Immobilienpreise und Mieten schießen in die Höhe. So sind allein in rheinland-pfälzischen Städten seit 2012 die Preise für Bauland um über 10 % angestiegen, bundesweit

in den letzten 60 Jahren sogar um 2300 %. Eigenheime kosteten 2017 in Mainz und Umgebung bereits doppelt so viel wie 7 Jahre zuvor. Zuzulassen, dass aus der Wohnungsnot Kapital geschlagen und Wohnraum – und damit ein Grundrecht – zum Spekulationsobjekt wird, ist absolut unverantwortlich! Eine Marktwirtschaft, die Existenzgrundlagen zerstört, kann weder frei noch sozial sein. Immobilienkonzerne und diejenigen, denen der Großteil an gesamtgesellschaftlichem Privatbesitz gehört, müssen endlich ihrer sozialen Verantwortung nachkommen: Eine sozial gerechte Marktwirtschaft, die ein menschenwürdiges Leben für alle sicherstellt, ist längst überfällig!

Immerhin – die Probleme wurden von der Politik als solche erkannt. So bezeichnete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Wohnen als eine Existenzfrage und forderte bezahlbaren Wohnraum und lebenswerte Städte für alle. Doch davon sind wir noch weit entfernt: Aktuelle Maßnahmen zielen bisher vor allem darauf ab, das Ansteigen der Mieten zu begrenzen. Und obwohl die Mietpreisbremse bereits 4 Jahre alt ist, hat sich die Situation bisher nicht verbessert. 40 % der deutschen Haushalte geben bereits über ein Drittel ihres Einkommens für die Miete aus. Doch wenn sich kaum noch jemand die aktuellen Mieten leisten kann, bekämpfen Begrenzungen von Mieterhöhungen statt der Ursachen nur die Symptome. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde mit der Friedensmiete schon eine echte Mietpreisbremse eingeführt. Ist es vielleicht wieder an der Zeit, die eigene Miete auf eine gesetzlich festgelegte Höhe senken zu dürfen?

Von einem ernstzunehmenden politischen Willen ist bislang nur wenig zu spüren und das, obwohl Wohnen doch so zentral und existenziell für alle Menschen ist. Die Kluft zwischen Arm und Reich

## **Die Häusern, die darin leben**

wird immer größer und die Ellenbogengesellschaft wird durch eine Politik sozialer Kälte weiter gefördert. Der Staat muss endlich eingreifen und darf sich seiner Verantwortung nicht weiter entziehen. Wie kann sozialer Wohnungsbau vorangetrieben werden, sodass die Voraussetzungen erreicht sind, die ihn überflüssig machen? Ein Sozialstaat, der diesen Namen verdient, darf die Gewährleistung der finanziellen Absicherung seiner Bürger\*innen im Alter nicht vom Immobilienbesitz abhängig machen. Wie stellen wir uns

die Stadt der Zukunft vor? Welche infrastrukturellen Maßnahmen müssen getroffen werden, damit unsere Städte nicht von Lärm, Abgasen und zugesparkten Straßen geprägt sind? Wie können ländliche Gebiete besser angebunden und zukunftsfähig gemacht werden? Menschenwürdiger Wohnraum muss für alle zugänglich, bezahlbar, sicher und gesund sein. Deswegen gehört das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz und muss entschieden durchgesetzt werden!

Der Blick in den Spiegel zeigt also, dass es höchste Zeit zu handeln ist. Höchste Zeit mitzubestimmen, wie, wo und mit wem wir wohnen möchten. Höchste Zeit für eine menschenwürdige Wohnpolitik. So, wie die Zitadelle Jahr für Jahr das Zuhause des OPEN OHR Festivals ist, soll es nun Euch und Euren Ideen, Fragen und Forderungen wieder ein Zuhause bieten. Wohnt vier Tage mit uns auf der Zitadelle. Fordern wir gemeinsam das Grundrecht auf Wohnen ein, denn wir brauchen endlich einen echten Tapetenwechsel!

## **Wir brauchen einen Tapeten- wechsel!**